

Fäkniss in den Trockenräumen, die steuerliche Behandlung von Tabakgruppen, die Verwiegung des Tabaks, die steueramtliche Behandlung des nach amerikanischer Art geernteten Tabaks, die Creditirung der Tabakgewichtssteuer u. dergl.

Im Konferenzsaal der Hamburger Handelskammer hat eine Berathung über den Modus der Nachversteuerung nach erfolgtem Zollanschluß stattgefunden, an welcher Vertreter der meisten Handelsbranchen des hiesigen Platzes theilnahmen. Als Ergebnis der Berathungen wird das Folgende berichtet: Das in die Zollgrenze einzubeziehende Hamburgische Staatsgebiet wird zum Zwecke der Nachversteuerung in 40 Distrikte eingetheilt; jedem dieser Distrikte wird ein höherer Zollbeamter behufs Vornahme der Revision zugetheilt, dem Vertreter aus aller Zweigen des hiesigen Geschäftes, die von der Handelskammer zu bezeichnen sind, als Sachverständige zugesellt werden. Diese Kommissionen haben die Revision in allen Geschäften vorzunehmen, doch bleiben dabei Geschäfte, die für ihr Geschäftsfotal weniger als eine Minimalmiethe (es werden 600 Mark genannt) zahlen, insofern unberücksichtigt, als in denselben die Revision ausschließlich durch Beamte vorgenommen werden wird. Die Revision hat festzustellen, ob die Angaben, welche die Geschäftsinhaber auf ihnen zuzustellende Fragebogen betreffs ihres steuerpflichtigen Lagerbestandes machen werden, als richtig anzuerkennen sind oder nicht. Daß bei der Nachversteuerung den sogenannten „Ladenhütern“ eine gewisse Erleichterung zubilligt wird, soll als feststehend zu betrachten sein. — Anderweitig erfährt die „B. H.“, daß die allgemeinen amtlichen Anordnungen betreffs der Nachversteuerung erst drei Wochen vor dem Vollzug des Zollanschlusses erlassen werden sollen, dagegen die speziellen Daten hinsichtlich der von der Nachsteuer freibleibenden Quantitäten und dergleichen erst unmittelbar vor dem Anschluß.

Aus der öffentl. Sitzung der Handelskammer zu Leipzig vom 10. Juli cr.

Die Firma S. Fleischer hier, Faßholz-Handlung, richtete unter Bezugnahme auf einen thatsächlichen Vorgang, bei welchem sie für die zollamtliche Verwiegung von 26 Wagenladungen Holz, deren Gewicht durch bahnamtliche Verwiegung festgestellt war, 39 Mk. Kosten zu zahlen gehabt, während die ermittelte Zolldifferenz 1,05 Mk. betragen hatte, an die Handelskammer das Gesuch um Verwendung dafür, daß den Zollbeamten ausdrücklich untersagt werde, mit der Eisenbahn eingehende, bahnamtlich bereits gewogene Güter in Wagenladungen nochmals auf Kosten der Empfänger nachzuwiegen zu lassen, wenn der zu erhebende Zollsatz hinter der Höhe des Frachtfahres zurückbleibt.

Der Zoll- und Steuer-Ausschuß, welchem das Gesuch zur Berathung vorgelegt wurde, erachtete dasselbe insofern für zu weitgehend, als von einem Verbote der nochmaligen Verwiegung, zu welcher die Zollbehörde doch gesetzlich berechtigt sei, nicht werde die Rede sein können; dagegen empfahl er, dem Königl. Finanz-Ministerium den Erlaß einer Anweisung an die Zollämter anheimzustellen, wonach von einer nochmaligen Verwiegung da abzusehen sei, wo dies wegen der Geringfügigkeit des Zolles gegenüber der Eisenbahnfracht und nach der ganzen Sachlage unbedenklich erscheine.

Der in diesem Sinne erstattete Bericht findet nachträgliche Genehmigung.

Aus Brüssel wird berichtet: Eine Gesellschaft belgischer Branntweinbrenner schmuggelt starke Branntwein-Quantitäten nach England systematisch ein; sie verwendet Zinkbehälter, die oben mit Olivenöl, unten mit Branntwein gefüllt sind. Die englischen Zollbehörden haben jetzt diesen Schwindel entdeckt und 19 Zinkbehälter mit 2280 Liter Branntwein mit Beschlagnahme belegt. Die 5 englischen Schmuggler sind festgenommen worden; die Zollbehörde fordert 30.000 Frcs. Schadenersatz, und das englische Gericht hat sofort jeden der 5 Schmuggler zu 25.700 Frcs. Strafe zu Gunsten der Steuerkasse, also insgesamt zu 128.500 Frcs. Strafe verurtheilt.

Seitens der sächsischen Flachspinnereien ist vor einigen Tagen dem Königlich sächsischen Ministerium des Innern eine umfangreiche Denkschrift überreicht worden, in welcher die von den sächsischen Handelskammern in ablehnendem Sinne über die von den deutschen Flachspinnern gestellten Anträge auf Zollerhöhung erstatteten Gutachten in sehr eingehender Weise kritisiert werden. Das bezügliche Schriftstück, welches mit umfassenden statistischen Uebersichten und anderen erläuternden Berechnungen versehen sein und die im Januar

von den Spinnern überreichte Denkschrift von verschiedenen neuen Gesichtspunkten aus ergänzen soll, ist, wie es heißt, auch dem Bundesrath überreicht worden.

Zum Nachweis der Identität.

Aus Flensburg wird berichtet: Einer hiesigen Getreidehandlung war von der Zollbehörde eines schleswigischen Nordseehafens (Südwesthörn) für eine von dort nach dem deutschen Rheine mit Umladung in Rotterdam verschiffte Ladung Rappsaat, der die zollfreie Wiedereinfuhr der Ladung durch das Ausland in das Inland ermöglichende Zoll-Deklarationschein verweigert worden, weil die Rappsaat lose verpackt worden sei und es zur Sicherung der Identität der Ladung eines Kolloverchlusses bedürft hätte. Die von der Interessentin hiergegen erhobenen Vorstellungen bei den nächstvorgesetzten Behörden blieben erfolglos. Auf Ersuchen derselben wandte sich deshalb die hiesige Handelskammer mit einer Eingabe an den Finanzminister, worin einerseits im Speziellen das Gesuch der betreffenden Firma um Rückerstattung des erlegten Zolles unterstützt, andererseits aber im Allgemeinen der den Ostseehäfen bereits gewährte Fortfall jener Kontrollmaßregel auch für die Nordseehäfen unserer Provinz beantragt wurde, da es ohne die allgrößte Schädigung unseres Getreidegeschäfts mit dem rheinischen Marke gar nicht möglich sei, die dorthin zu verschiffenden Getreideladungen lediglich der Zollformalitäten wegen in Säcke zu bringen. — Die Handelskammer hat nun kürzlich durch die Provinzialsteuerdirektion die Mittheilung erhalten, daß betreffs der Rückzahlung des Zolles die Entscheidung noch vorbehalten sei; im Uebrigen habe sich (in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Handelskammer) der Herr Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß bei Versendungen von Getreide und Hülsenfrüchten des freien Verkehrs aus Nordseehäfen der Provinz nach Handelsplätzen am Rhein oder in der Nähe desselben von der Anlegung eines Zollverschlusses abgesehen und statt dessen behufs Feststellung der Identität der Waare in den Deklarationscheinen der Name und Wohnort des inländischen Empfängers angegeben wird, damit zunächst von dem Wiedereingangsamte eine Vergleichung dieser Angaben mit dem Inhalte der Frachtbriefe vorgenommen werden kann.

Nachsteuer für Spirit in Hamburg. Dem Vernehmen nach soll in den Kreisen der beim Spirithandel hier und in Berlin theilhaftigen Fabrikanten und Kaufleute die Annahme bestehen, daß bei der in Veranlassung des Zollanschlusses hier stattfindenden Nachversteuerung für die hier lagern den Vorräthe von Spirit ermäßigte Zoll- oder Steuersätze zur Anwendung kommen werden. Diese Annahme ist eine durchaus unbegründete und irrige. Die beim Zollanschluß vorhandenen Vorräthe an Spirit werden, auch wenn sie hier rektifiziert sind, allgemein als ausländischer Spirit behandelt und demgemäß, soweit sie nicht zum Zwecke der Ausfuhr unter Zollkontrolle gestellt werden, dem gewöhnlichen Zollsatz für ausländischen Branntwein unterworfen werden. Nur solcher Spirit, für welchen der positive Nachweis erbracht werden kann, daß derselbe im Zollgebiet oder in den anzuschließenden Gebietsheilen erzeugt ist, wird als inländischer Branntwein nach Maßgabe des Branntweinsteuergesetzes bei der Nachversteuerung behandelt werden; es wird jedoch hierbei der ermäßigte Steuersatz von 50 Pf. für das Liter reinen Alkohols außer Betracht bleiben.

Es ist ferner darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn neuerdings von mehreren Wein- und Spirituosenhändlern Zirkulare verfaßt werden, in denen unter Aufzählung bestimmter Nachsteuererlässe für Weine und Spirituosen und unter der Angabe, daß in jedem Haushalte bestimmte Mengen dieser Waaren von der Nachsteuer befreit sein werden, zur Ergänzung der Läger bis zu diesem Betrage aufgefördert wird, diese Angaben jeder sicheren Grundlage entbehren, daß vielmehr über die Nachsteuererlässe und über die eventuell freizulassenden Mengen eine Entscheidung bisher nicht getroffen worden ist. Ebenso kann die im Verlage der Gebr. Spiro erschienene Broschüre über die Nachversteuerung, in welcher die in Lübeck im Jahre 1868 zur Anwendung gekommenen Bestimmungen dargestellt und daraus Schlüsse für die hiesige Nachversteuerung gezogen werden, auf Zuverlässigkeit keinerlei Anspruch machen, da, wenngleich im Anschlußvertrage im Allgemeinen die Bewilligung der Lübeck f. Z. zugestandenen Erleichterungen auch für Hamburg zugesichert ist, doch die inzwischen in der deutschen Zollpolitik eingetretenen Veränderungen und die Verschiedenheit der Verhältnisse der damals und jetzt in Frage kommenden Gebiete wesentliche Abweichungen in dem Verfahren bedingen. (Hamb. Börs.-Halle).

Aus der Praxis des Wechselstempelsteuergesetzes. In den kaufmännischen Kreisen ist man nicht ganz darüber klar, welche Arten von Checks steuerfrei sind. Das Reichsgericht hat diese Frage sehr eingehend behandelt und insbesondere darauf Werth gelegt, daß nur solche Checks steuerfrei sind, bei denen es sich auch wirklich um die Disposition über ein Guthaben des Ausstellers bei dem die Zahlungen desselben besorgenden Bankhause oder Geldinstitut handelt; darnach kann von steuerfreien Checks nicht gesprochen werden, wenn dieselben sich nicht auf ein Guthaben, sondern auf einen Kredit der Ban-